PB.Z-01-054

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Friederike von Franqué (KV Frankfurt)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 53 bis 54 einfügen:
Transparenz regieren, bauend auf Gleichberechtigung und kooperativ. Für Zusammenhalt in Vielfalt, in einem bürger*innennahen Staat. Dabei hilft uns die digitale Transformation, denn sie ist sowohl eine technische als auch eine organisatorische und kulturelle Veränderung. Wir wollen ihr eine sozial-ökologische Richtung geben, die Demokratie, Teilhabe und Zusammenarbeit stärkt. Dafür brauchen wir diskriminierungsfreie Zugänge, Datenschutz und Datensicherheit. Der selbstbestimmte Umgang mit den eigenen Daten gehört für uns zu den Grundrechten wie der Zugang zu sauberer Luft und sauberem Wasser für eine körperliche und geistige Unversehrtheit.

Begründung

Dieser ÄA hebt die Bedeutung der digitalen Transformation für technologische, gesellschaftliche und politische Lebensbereiche stärker hervor.

Im öffentlichen Diskurs wird Digitalisierung überwiegend als technologische Transformation verstanden, was aber unzutreffend ist. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag für die digitale Gesellschaft. Es geht darum, digitale Technologien zu nutzen, um sowohl soziale als auch ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen und die digitale Souveränität jedes Einzelnen wieder herzustellen. Die B90/GRÜNE zeigen einenanderen Weg auf, der sich vom Modell des Datenkapitalismus wie es im Silicon Valley entstand und vom Überwachungsstaat wie er in China angewendet wird unterscheidet. Wenn wir Demokratie als eine "kontinuierliche Kommunikation mit großer Bandbreite zwischen Leuten mit verschiedenen Positionen" (Tsai Ing-Wen, Präsidentin von Taiwan, aus "Schwerpunkt Optimismus") verstehen, dann bedeutet das neben physischen Zugangsmöglichkeiten (Breitband für alle) auch die Vermeidung von Nachteilen durch die Teilnahme am Diskurs (Datensicherheit, Datenschutz). Weil unser Demokratieverständnis zudem die Bürger und ihre Selbstbestimmtheit in den Mittelpunkt stellt, wollen wir Datensouveränität für alle ermöglichen, eben und gerade um Demokratie und Grundrechte zu stärken.

weitere Antragsteller*innen

Antje Tauchmann (KV Frankfurt); Caroline Krohn (KV Lahn-Dill); Gianina Zimmermann (KV Main-Taunus); Torsten Leveringhaus (KV Darmstadt-Dieburg); Philipp Lohner (KV Frankfurt); Christian Jung (KV Lahn-Dill); Robert Schuppan (KV Frankfurt); Anna Lührmann (KV Main-Taunus); Robert Jänicke (KV Frankfurt); Alexander Schnapper (KV Frankfurt); Joel Redant (KV Frankfurt); Sandra Gerbert (KV Main-Kinzig); Jan Rose (KV Hersfeld-Rotenburg); Christian Tramnitz (KV Hochtaunus); Ingmar von Franqué (KV Frankfurt); Sabiene Barbara Döpfner (KV Frankfurt); Björn Canders (KV Frankfurt); Sue Ehmisch (KV Frankfurt); Erich Pawlik (KV Hochtaunus)